

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

März 2024

1. Regional
2. Honduras
3. Nicaragua
4. El Salvador
5. Guatemala

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Zentralamerikanische Integration: Die neue Präsidentin der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE auf Spanisch), Gisela Sánchez, erklärte im März [in einem Interview mit Redacción Regional](#), dass sie die Kredite an die Regierungen von El Salvador und Nicaragua reduzieren werde, um "das Portfolio ausgeglichener zu gestalten". Sie erwähnte, dass diese beiden Regierungen zu den Ländern gehören, die die meisten Mittel erhalten. In El Salvador stammen zum Beispiel [43% der Kredite von multilateralen Institutionen vom BCIE](#). Einige Tage nach der Veröffentlichung des Interviews erklärte die Bank jedoch [in einem Statement](#), dass sie die Finanzierung für kein Land vollständig

Grenzkonflikte: Der honduranische Kongress hat Mitte März in einer geschlossenen Sitzung unter Abwesenheit der Presse ein im Jahre 2021 von Juan Orlando Hernández unterschriebenes Abkommen mit Nicaragua ratifiziert. Der "Vertrag über die Grenzen mit Nicaragua im Karibischen Meer und in den Gewässern vor dem Golf von Fonseca" legt die vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag festgelegten Land- und Seegrenzen fest und ermöglicht Honduras und Nicaragua die gemeinsame Nutzung der Ressourcen in diesem Gebiet. Rechtlich gesehen ist ein solches Abkommen jedoch ohne die Beteiligung von El Salvador nicht gültig, da das Gebiet allen drei Ländern gehört.

Migration: Während des Besuchs des guatemalteckischen Präsidenten Bernardo Arévalo bei der US-Regierung kündigte US-Vizepräsidentin Kamala Harris eine Investition in Höhe von 1 Mrd. USD an, um "die Ursachen der Migration" im nördlichen Dreieck Zentralamerikas zu bekämpfen. Die Maßnahmen werden im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft namens Central America Forward (CAF) unter der Leitung von Harris durchgeführt. Unter den angekündigten Initiativen wird beispielsweise Meta (ehemals Facebook) als Partner genannt: Das Tech-Unternehmen soll junge Unternehmer*innen mittels Schulungen unterstützen. Im gleichen Statement behauptet die US-Regierung, durch die Initiative bereits mehr als 70.000 Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie und im Textilsektor geschaffen zu haben.

Klimakrise: Die mittelamerikanische Region ist seit Wochen von einer starken Hitzewelle betroffen. Die extremen Temperaturen in Honduras, Nicaragua und El Salvador haben seit Mitte März 40 Grad Celsius erreicht und sogar überschritten. Darüber hinaus wurden in El Salvador und Honduras in den letzten Tagen Waldbrände gemeldet.

2. Honduras

Gerechtigkeit: Der ehemalige Präsident Juan Orlando Hernández wurde am 8. März von einem US-amerikanischen Gericht in New York wegen Drogenhandel schuldig gesprochen. Die Anklage warf ihm vor, in den Schmuggel von 500 Tonnen Kokain in die

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Begleiten der oben genannten Straftat und Verschwörung zur Verwendung und zum Mitführen von Maschinenpistolen und Sprengkörpern sowie deren Besitz. Die Länge der Strafe wird erst nach Hernández Anhörung am 26. Juni bekannt gegeben, ihm droht jedoch lebenslange Haft.

Internationale Beziehungen: Honduras hat seine Mitgliedschaft beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (auf Spanisch CIADI) gekündigt. Honduras wäre somit ab August das einzige zentralamerikanische Land, das kein Mitglied der Institution ist, und das dritte Land in der lateinamerikanischen Region nach Ecuador und Bolivien. Aktuell laufende Schiedsverfahren sind vom Austritt nicht betroffen. Das bedeutet, dass die Klage zur Sonderzone für Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung (Zede) "Próspera" weiter verhandelt wird. Sie könnte Honduras über 10 Milliarden US-Dollar kosten.

Mitglieder des Unternehmensverbandes COPEH behaupten, dass die Entscheidung negative Auswirkungen für Honduras haben wird, da der Austritt die Glaubwürdigkeit gegenüber ausländischen Investoren verringert. Gleichzeitig haben renommierte Ökonom*innen aus der ganzen Welt in einem Brief ihre Unterstützung verkündet und die Entscheidung als "kritische Verteidigung der honduranischen Demokratie sowie einen wichtigen Schritt für seine nachhaltige Entwicklung" gelobt.

Politik: Ana García, Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Juan Orlando Hernández, hat Mitte März 2024 angekündigt, für die Nationale Partei von Honduras als Präsidentschaftskandidatin für die nächste Wahl anzutreten. García behauptet, dass ihr Mann unschuldig sei und dass ihre Kandidatur darauf abziele, die Arbeit von JOH fortzusetzen. In Honduras werden alle politischen Parteien im März 2025 Vorwahlen abhalten, um die Kandidat*innen für das Präsidentenamt, die Bürgermeisterämter und den Nationalen Kongress für die Wahlen im November 2025 zu bestimmen.

ZEDES: Von Januar bis April 2024 treffen sich hunderte Crypto- und Techunternehmer*innen bei einer Konferenz in Próspera, einer Privatstadt auf der Insel Roatán. Die Konferenz "Vitalia" wird als "Pop-Up-City" beworben und versucht, biotechnologische Wege zu finden, um das Leben zu verlängern. Anschließend sollen 30 bis 50 sogenannte "Vitalians" dort wohnen, um an der Klinik für Gentherapie zu arbeiten. Molekularbiologin Dr. Isabelle Bartram veröffentlichte eine Analyse des kontroversen Medizintourismus-Projekts.

3. Nicaragua

Veranstaltung in Berlin: Am 25. April um 18 Uhr wird in Berlin die Koordinatorin des Colectivo de Derechos Humanos Nicaragua Nunca Más (Deutsch: Menschenrechtskollektiv Nicaragua Nie Wieder), Wendy Flores, in der [11. Werner Lottje Lecture 2024](#) vom RTZA-Mitglied Brot für die Welt (BfdW) gewürdigt. Das Colectivo [setzt sich aus dem Exil für die Rechte von Opfern der nicaraguanischen Diktatur ein](#) und macht auf Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua aufmerksam. Bei der Veranstaltung werden Wendy Flores und Luise Amtsberg, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, zusammen mit Johannes Icking (BfdW) in einem Panel über die Menschenrechtsarbeit aus dem Exil diskutieren. Die Veranstaltung findet im Haus der EKD (Charlottenstr. 53/54) statt. [Hier zur Anmeldung](#).

Internationale Justiz: Die nicaraguanische Regierung warf Deutschland am 1. März in einer beim Internationalen Gerichtshof (IGH) eingereichten Klage "Begünstigung zum Völkermord" in Gaza vor. Nicaragua begründet diese Behauptung mit der [aktuellen finanziellen und militärischen Hilfe Deutschlands für Israel](#) sowie mit der Entscheidung, die Finanzierung der Organisation der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) einzustellen. Deutschland solle laut dem Antrag daher [seine Verpflichtung](#), "alles zu tun, um die Begehung von Völkermord zu verhindern", nicht erfüllt haben.

Russland: In Managua fand Ende Februar ein Treffen zwischen dem Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, und Vertretern der Regierungen von Nicaragua, Venezuela, Kuba und Bolivien statt. Russland beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit diesen Ländern, die es als seine wichtigsten Verbündeten in der lateinamerikanischen Region betrachtet, [durch größere Investitionen in Sicherheit und "militärtechnische" Ausrüstung zu vertiefen](#), so Patruschew.

Der nicaraguanische Kongress [genehmigte ein Projekt des russischen Innenministers zum Bau eines Polizeiausbildungszentrums](#), um die nicaraguanische Polizei in öffentlicher Sicherheit weiterzubilden. Im März [entsandte Ortega eine von seinem Sohn Laureano Ortega Murillo geführte Delegation zur Beobachtung und Legitimierung der Wahlen in](#)

USA: Seit März hat Nicaragua keinen Botschafter in den USA. Präsident Daniel Ortega genehmigte im Februar den Ruhestand des ehemaligen Botschafters Francisco Campbell Hooker, der den Posten seit 2010 ausübte. Ortega hatte ihm zuvor allerdings schon dreimal den Rücktritt verweigert. An seine Stelle trat für 23 Tage der Diplomat Harold Delgado, der jedoch am 1. März abberufen wurde, so dass die Botschaft weiterhin ohne Führung bleibt. Am 7. März wurde der Diplomat Mauricio Lautaro Sandino zum ständigen Geschäftsträger in Washington, D.C. ernannt.

Die US-amerikanische Regierung hat Mitte März Waffenexporte nach Nicaragua verboten. Im Statement wird die "brutale Repression" des Ortega-Murillo-Regimes sowie die Situation für die indigene und afro-nicaraguanische Bevölkerung in der karibischen Region Nicaraguas betont. Die Entscheidung stellt keine bedeutende Einschränkung des Zugangs zu Waffen für die nicaraguanischen Sicherheitskräfte dar, da 90% der Waffen aus Russland kommen. Allerdings dient sie als Signal für andere Länder und globale Unternehmen, mit Nicaragua keine Handelsgeschäfte zu betreiben.

4. El Salvador

Ausnahmezustand: Am 27. März jährte sich der Ausnahmezustand in El Salvador zum zweiten Mal. Seit März 2022 wurde die Maßnahme durch den von Bukele kontrollierten Kongress bereits 24 Mal verlängert. In diesen zwei Jahren wurden 78.000 Personen verhaftet. Im genannten Zeitraum sind mindestens 235 Menschen in Gefängnissen gestorben, viele von ihnen wiesen Folterspuren auf.

Der Ausnahmezustand wird auch zur Verfolgung kritischer Stimmen instrumentalisiert. Nach Angaben von Organisationen der Zivilgesellschaft gibt es mindestens 34 Fälle von Aktivist*innen, die im Rahmen des Ausnahmezustands kriminalisiert wurden. Vor zwei Wochen wurde Verónica Delgado, Aktivistin einer Gruppe von Angehörigen vermisster Personen, verhaftet.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

verteidigungsminister gab bekannt, dass der so genannte Militärzaun (cerco militar) eine Reaktion auf zwei Morde in der Region sei und direkt von Nayib Bukele angeordnet wurde, welcher die Funktionen des Präsidenten derzeit eigentlich nicht ausüben dürfte. Diese Zone von Chalatenango war bereits Jahre vor dem Ausnahmezustand eine der wenigen Regionen El Salvador, die nicht unter der Kontrolle der Gangs gelitten hatte. Gleichzeitig handelt es sich um eine der letzten Hochburgen der linken FMLN-Partei: in den Dörfern hat sie bei der vergangenen Kommunalwahl mit deutlicher Mehrheit gewonnen.

Am 25. März wurden zwei Verdächtige in Verbindung mit den Morden festgenommen. Einer der Männer trug bei seiner Festnahme eine weiße Gefängnisuniform. Vier Familienangehörige von einem der zwei Verdächtigen wurden ebenfalls festgenommen, unter ihnen eine Mutter und ihre siebenjährige Tochter.

Wahlen 2024: Am 3. März haben in El Salvador Kommunalwahlen sowie Wahlen für das Zentralamerikanische Parlament (PARLACEN) stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war außergewöhnlich niedrig: nur 30% der Wahlberechtigten hat gewählt. Vor einem Jahr hat der von Nuevas Ideas kontrollierte Kongress illegale Wahlreformen durchgeführt, um die Anzahl der Wahlgemeinden von 262 auf 44 zu verringern und somit Chancen für kleinere Parteien zu verschlechtern. Trotzdem erzielte Nuevas Ideas, die Partei von Bukele, deutlich schlechtere Ergebnisse als erwartet: Sie hat nur 28 von 44 Ämtern gewonnen. Besonders negativ war für die Regierungspartei der Verlust von San Salvador Este, einer neuen Wahlgemeinde bestehend aus Antiguo Cuscatlán, Huizúcar, Nuevo Cuscatlán, San José Villanueva und Zaragoza. Die aktuelle und seit 1988 regierende Bürgermeisterin von Antiguo Cuscatlán, Milagro Navas von der ultrarechten Partei ARENA, wird jetzt San Salvador Este und somit einige der reichsten Bezirke des Landes regieren. Nuevo Cuscatlán ist auch für Bukele und seine Partei symbolisch bedeutend: Er begann dort seine politische Karriere als Bürgermeister und wohnt auch immer noch im Bezirk.

5. Guatemala

Internationale Beziehungen: Präsident Bernardo Arévalo ist Ende März nach Washington, D.C. gereist, um ein Treffen mit Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

die Migrationsbekämpfung. Im Rahmen des Treifens kündigte Harris weitere Investitionen in Guatemala und Zentralamerika durch die öffentlich-private Partnerschaft Central America Forward (CAF) an.

Pressefreiheit: Präsident Bernardo Arévalo kündigte bei einem Interview mit dem US-amerikanischen Sender an, dass Journalist José Rubén Zamora am 29. März aus dem Gefängnis freigelassen werden soll. Zamora sitzt seit über 600 Tagen ohne Urteil in Haft. Während des Interviews erklärte Arévalo, dass die Anklage gegen Zamora "nicht seriös" sei und dass die Bedingungen seiner Haft mit Folter vergleichbar sind.

Gerechtigkeit: Der Prozess gegen General Manuel Benedicto Lucas García, der wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschheit, Verschwindenlassen sowie sexuelle Gewalt angeklagt ist, soll am 5. April beginnen. Er wird in Verbindung mit dem Mord von 771 Maya-Ixil indigenen Personen zwischen 1982 und 1983 gebracht. Der ursprüngliche Termin für die erste Anhörung war der 25. März. Dieser wurde aber verschoben, weil die Rechtsanwälte des Angeklagten direkt vor dem Termin aus Gesundheitsgründen zurückgetreten sind und das Gericht neue Pflichtverteidiger*innen beauftragen musste.
